



GÖTTINGER BLÄTTER

09.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Protest von „KriegswerbungsgegnerInnen“ an BBS II war erfolgreich.

Am 8. Juli 2014 hatten GegnerInnen von Bundeswehr-Werbung vor dem Eingang der Berufsbildenden Schulen II in der Godehardstraße protestiert, indem sie die Großflächenwerbung der Bundeswehr mit dem Spruch „Kein Werben fürs Sterben“ überklebten.

Während der Aktion wurde die Gruppe von der Polizei beobachtet. Die Aktivist*innen mussten unter Androhung von Gewalt ihre Personalien abgeben. Es sollte Anzeigen geben und eine kostenpflichtige Entfernung sollte folgen, zudem verstoße es gegen die „Stadtverordnung“ Papier aufzubringen sagte eine der Polizisten.

Nach der Maßnahme „Personalienfeststellung“ sollten die AktivistInnen gehen dürfen, die Absprache wurde von Seiten der Göttinger Polizei nicht eingehalten. Nachdem sich die anwesenden PolizistInnen immer mehr in Widersprüchen verhedderten, Verließen sie den Ort des Geschehen, nach eigenen Bekunden sei ja auch Anpiff der Deutschen Mannschaft, die an diesem Tag im Halbfinale gegen Brasilien antrat.

„Es ist eine Zumutung, die Zukunftsangst der Jugend auszunutzen und mit irreführenden Plakaten eine heile Bundeswehrwelt vorzugaukeln. Die Wahrheit bedeutet „Lernen zu Töten“. Die BBS2-SchülerInnen mussten bereits einen ihrer Schüler zu Grabe tragen. Auch leiden viele heimkehrende SoldatInnen an seelischen Störungen: Von 2012 bis heute gibt es einen Anstieg um 40 Prozent der Posttraumatischen Belastungsstörung bei Rückkehrenden Soldat*innen“ so die Begründung des Sprechers der Gruppe.

Wie kann es zugelassen werden, dass hier an einem Ort der Bildung weiter zum Anwerben zu BerufssoldatInnen aufgefordert wird. Das ist nicht nur geschmacklos,

sondern verhöhnt die Opfer. Angesichts der weltweiten Neigung zu Kriegshandlungen und der Aufforderung unseres Bundespräsidenten, mehr militärische Präsenz in der Welt zu zeigen, ist dieser Protest höchst notwendig. Dieser Protest hatte offensichtlich Erfolg. Inzwischen wurde Überklebung abgenommen und das Anwerbepplakat der Bundeswehr durch eine andere, bildungsbezogene Werbung ersetzt. Es folgte allerdings schon eine Woche danach eine Vorladung zur Polizei (Staatsschutz), der die GegnerInnen nicht folge leisteten.

(ue/mkr)

AKW Grohnde:

► Generatorschaden bis heute nicht aufgeklärt!

„Die Umstände des Schadens am wasserstoffgekühlten Generator im Atomkraftwerk Grohnde wurden bisher nicht aufgeklärt und ob ein Explosionsschutz im nicht-nuklearen Bereich des AKW Grohnde existiert, ist trotz vielfacher Anfragen beim Umweltministerium bis heute nicht belegt“ sagte Uli Eberhardt als einer der Sprecher der AktivistInnengruppe ‚Anti-Atom Komitee‘.

„Umweltminister Stefan Wenzel kommt seinem selbst gesetzten Ziel Transparenz und Bürgernähe zu vermitteln nicht nach, seine Verantwortung hinsichtlich Anlagensicherheit nimmt er nicht wahr und generiert das Umweltministerium „nur“ noch als Atomaufsicht. Daher wurde die staatliche Gewerbeaufsicht eingeschaltet, da das stillhalten des Ministers gegen die

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Kriegswerbung	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
DIE LINKE. Europabüro	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
DIE LINKE. Kreistagsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Ökologischer Sozialismus	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 10.2014
ist der 19. September.
Auslieferung am 25. September.

derzeit geltende Rechtslage verstößt.“ so Annette Ramaswamy als eine Sprecherin des ‚Anti-Atom Komitee‘.

In der Nacht vom 12. auf den 13. Mai 2014 stellten Anti-Atom-AktivistInnen am Ersatzgenerator, der in Hameln auf einem Frachter vor Anker lag, erhebliche Mängel fest. Darüber berichteten unter anderem am Tag die Weserberglandnachrichten und SAT1 Nachrichten mit einem Fernsehbeitrag. SAT1 formulierte es gegenüber den ZuschauerInnen folgendermaßen: „Vertrauenserweckende Maßnahmen sehen anders aus.“

Niedersachsens Umweltminister Wenzel hatte daraufhin VertreterInnen verschiedener Niedersächsischer Anti-

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Schluss mit dem Krieg in Nahost!

Wir dokumentieren eine Erklärung des Bundessprecherkreises der VVN-BdA vom 25. Juli 2014:

► Die Waffen nieder! Verhandeln statt schießen! Antisemitischer Hetze entgegentreten!

Wir können nicht akzeptieren, dass die berechtigte Kritik an der Politik der israelischen Regierung mit antisemitischen Hetzparolen verbunden wird. Viele unserer Kameradinnen und Kameraden sind Überlebende des Holocaust und erleben derartige Angriffe als persönliche Bedrohung. Wir versichern allen Jüdinnen und Juden in Deutschland unsere uneingeschränkte Solidarität.

Die VVN-BdA verurteilt die erneute Eskalation der Gewalt im Nahen Osten. Einmal mehr wird jede Chance auf eine friedliche Lösung für die Menschen in Israel und Palästina der militärischen Logik geopfert.

Wir verurteilen die Politik der Regierung Netanjahu, in jeder Konfliktsituation sofort massive Militärgewalt anzuwenden. Durch Luftangriffe und Bodentruppen sind bereits hunderte Zivilisten bei isra-

elischen Angriffen auf Gaza gestorben. Das Ergebnis ist erneut eine humanitäre Katastrophe, die die einfache Bevölkerung trifft.

Gleichermaßen verurteilen wir, dass die Hamas mit ihrem ständigen Beschuss israelischer Siedlungen aus dicht bewohntem Gebiet Bewohner Israels bedroht und die eigene Bevölkerung zur Zielscheibe macht. Wir haben kein Verständnis für die Zurückweisung der Feuerpause.

Wir haben in unserer Organisation niemals Zweifel am Existenzrecht des Staates Israel gelassen. Gleichzeitig stehen wir – gemäß der UNO-Resolutionen – zur Forderung der Räumung der besetzten Gebiete und zum Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat. Beides setzt aber Verhandlungen und Friedenswillen voraus, nicht Krieg.

Beide Seiten müssen sich aufeinander zu bewegen. Der fortgesetzte Bau israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten ist eine dauernde Anheizung des Konfliktes.

Die VVN-BdA unterstützt demgegenüber die Friedenskräfte in der Region, wie z.B. Gush Shalom, die mit einem Friedensbus von Jerusalem nach Gaza gefahren sind, von dem aus sie Botschaften des Friedens und der Verständigung senden.

Mit ihnen gemeinsam fordern wir einen sofortigen Stopp aller militärischen Aktivitäten.

Dies betrifft das Bombardement und die Bodenangriffe der israelischen Truppen in Gaza ebenso wie die Raketenangriffe der Hamas auf israelische Siedlungen.

Wir trauern um die Opfer dieses Krieges. Wir erwarten, dass die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft sich endlich energisch dafür einsetzen, dass Verhandlungen über einen Friedensprozess in Gang kommen, wie sie von arabischen Staaten mehrfach versucht wurden – und zwar unter Einschluss der Hamas. Von der Hamas erwarten wir endlich die eindeutige Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel.

Wir werden auch weiterhin jeder Art von Rassismus und Antisemitismus energisch entgegentreten.

► Zu Ehren von Kurt Goldstein Zur Stärkung der VVN-BdA

Der Bundeskongress der VVN-BdA ruft alle Antifaschistinnen und Antifaschisten im Lande auf, durch Spenden für die VVN-BdA und Patenschaftsabonnements der „antifa“ die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zu unterstützen. Wir rufen zu dieser Aktion „Zu Ehren von Kurt Goldstein“ im Jahr seines 100. Geburtstages auf.

Noch immer verlieren wir infolge des biologischen Faktors Mitglieder. Das wirkt sich auf die Finanzkraft aus. Immer wieder erfahren wir aber auch solidarische Grüße und Wünsche von Demokraten

verschiedener Richtungen, welche die Diffamierung der VVN-BdA durch demokratiefeindliche VS-Ämter, durch Anti-Extremismus-Verordnungen und Fehldarstellungen in den Medien thematisieren und verurteilen. Sie rufen wir auf, zu handeln und zwar nach dem Wort des großen Johann Wolfgang Goethe: „Es ist nicht genug, zu wissen, es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun.“ Das heißt: tätige Solidarität üben.

Spendet für die VVN-BdA, wo diese von öffentlichen Förderungen ausgeschlossen ist. Verbreitet ihre Zeitschrift

„antifa“, wo der Ärger über antidemokratische Mediendominanz groß ist. Werdet Mitglied der VVN-BdA und setzt das Werk der Gründergeneration, die nicht mehr unter uns ist, fort.

Wir rufen dazu auf im Sinne Kurt Goldsteins, des langjährigen Vorsitzenden und Ehrevorsitzenden der VVN-BdA, des Juden und Kommunisten, des Spanienkämpfers, des Bergmanns und Arbeitssklaven im zum KZ Auschwitz gehörenden Schacht, des Buchenwaldhäftlings und späteren Journalisten und Vorstandsmitglied der Internationalen Föderation des Widerstandes FIR.

[Alle weiteren Beschlüsse des Bundeskongresses sind auf der Homepage zu finden unter:

<http://www.vvn-bda.de/wp-content/uploads/2014/07/alle-Beschl%C3%BCsdes-5-Buko.pdf>]

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

Am Dienstag, den 09. September 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



Deutschland: Unverschämte US-Einmischung in Zahlungsverkehr:

▶ Deutsche Niederlassung der Bank of America nimmt Überweisung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba nicht an

Die Regionalgruppe Essen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. teilte am 1. Juni mit, dass eine Überweisung für eine Firma von deren Hausbank, der Bank of America, nicht angenommen wurde:

Der Hintergrund ist, dass die Essener Regionalgruppe der FG bei der Werbemittel-Firma National Pen Promotional Products Ltd. (NP) im hessischen Niederaula Werbemittel bestellt hat, die auch geliefert wurden. Sie wollte die Rechnung per Überweisung auf das Geschäftskonto dieser Firma bei der Bank of America in Frankfurt/Main beglichen.

Der Überweisungsbetrag wurde jedoch seitens der Bank ohne Begründung zwei Mal zurücküberwiesen - während zugleich NP ein Mahnverfahren bis unmittelbar vor Einleitung eines Inkassoverfahrens gegen die FG eröffnet hatte.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. (FG) ist ein seit 40 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland registrierter und als gemeinnützig anerkannter Verein. Sie wurde nun ebenso wie ein in der Bundesrepublik tätiges Unternehmen, allerdings mit Stammsitz in San Diego, California/USA, durch die anachronistische Politik der US-Regierung in ihrem Recht auf freie Handelsausübung beschnitten.

Bei den Rückbuchungen seitens der Bank of America sind Vermerke ausgewiesen, die eine unmittelbare Einflussnahme seitens der US-Regierung belegen: »Reason due to OFAC Regulations« (Grund beruht auf OFAC-Vorschriften) bzw. »Due to OFAC Sanctions« (Grund sind OFAC Sanktionen).

Bei dem OFAC (Office of Foreign Assets Control) handelt es sich um eine sehr umfangreiche Abteilung innerhalb

des US-Department of the Treasury (US-Finanzministerium) für die Kontrolle von Auslandsvermögen, die alle Finanz- und Handelsgeschäfte mit Cuba kontrolliert. (Hintergrundinformationen hierzu siehe unter: Kubafreundschaft/Hintergründe).

Laut einer schriftlichen Mitteilung von NP wurden die Überweisungen der Freundschaftsgesellschaft vom 25.02. und 18.03.2014 von der Frankfurter Filiale der Bank of America nicht angenommen, weil »die Bank of America den Vereinsnamen nicht akzeptiert«. Dies wurde allerdings seitens der Bank, die von einer FG-Delegation am 30.05.2014 in Frankfurt aufgesucht wurde, bestritten.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Essen stellt fest:

Es wurde seitens der US-Regierung in exterritorialer Anwendung der ohnehin völkerrechtswidrigen umfassenden Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen die Republik Cuba eine finanzielle Han-

delstransaktion zwischen einem deutschen Verein und einem in der Bundesrepublik Deutschland angemeldeten US-Unternehmen bei einer deutschen Filiale einer US-Bank vorgenommen. Die seit 1960 angewendete und im Jahr 1962 offiziell verkündete Blockade wurde am 29.10.2013 in der 68. UN-Vollversammlung zum 22. Mal in Folge mit 188:2:3 Stimmen verurteilt.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., die sich seit vier Jahrzehnten die Forderung nach bedingungsloser Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade gegen Cuba auf ihre Fahnen geschrieben hat, wiederholt angesichts des vorliegenden Skandals:

Schluss mit der Blockade Cubas durch USA, EU und BRD jetzt!

Einen ausführlicheren Artikel zu diesem Vorgang sowie Briefe an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags, die Bundestagsfraktionen und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) finden Sie unter

<http://www.cubafreundschaft.de/Home/home.html#LetzteMeldung>

und:

<http://news.dkp.de/2014/06/deutschland-unverschaeimte-us-einmischung-in-zahlungsverkehr/>

Nachschlag: Gesundheit als Ware

Kommentar zu Weltspiegel | So. 10.08.2014, 18.20, ARD

Kubanische Ärzte arbeiten in abgelegenen Gegenden Brasiliens – dort, wo brasilianische Ärzte nicht hinwollen oder nicht bleiben. »Fragwürdig«, »Menschenhandel« und »Sklaverei« sind die Begriffe, die der ARD-»Weltspiegel« dafür findet, weil die Mediziner aus Kuba nicht die komplette Summe ausgezahlt bekommen, die Brasilia an Havanna für ihren Einsatz überweist. Kein Wort aber davon, daß die kubanischen

Ärzte für ihr Medizinstudium daheim nichts bezahlen mußten. Statt dessen wird die Zahl von 5000 kubanischen Ärzten und Pflägern kolportiert, die in den letzten Jahren aus anderen Ländern Lateinamerikas in die USA »geflüchtet« seien – »weil sie dort mehr verdienen können«. Gesundheit als Ware – der »Weltspiegel« hat die neoliberale Logik voll gefressen.

(scha)

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Im Februar 2009 haben wir nachfolgenden Text zum Nahostkonflikt veröffentlicht. Da unser damaliges Flugblatt höchst aktuell ist, veröffentlichen wir ihn heute wieder:

▶ **Waffenstillstand für Gaza jetzt! Stoppt Israels Aggression! Gerechtigkeit für Palästina ist der Schlüssel zum Frieden für Israel!**

„Israel wird niemals bewaffnete Macht in strategische Sicherheit verwandeln können. Falls notwendig, kann es einen Krieg auch gegen all seine kombinierten Feinde gewinnen. Aber wenn es Frieden will, muß es sich der Entscheidung stellen, die es 40 Jahre lang vermieden hat: Rückzug aus den besetzten palästinensischen Gebieten. Militärische Siege und Landraub sind vergeblich. Sicherheit wird nur mit einer politischen Lösung kommen.“
(aus Financial Times 08.01.09)

Inzwischen hat der UN-Sicherheitsrat mit 14 Ja-Stimmen bei Enthaltung der USA beschlossen:

„Der SR unterstreicht und betont, dass der Gaza-Streifen ein integraler Bestandteil des 1967 von Israel okkupierten Gebietes ist und Bestandteil eines künftigen selbständigen palästinensischen Staates sein wird; dass die Wichtigkeit der Sicherheit und des Wohlergehens aller Zivilpersonen; seine tiefste Besorgnis über die eskalierende Gewalt und die dramatische Verschlechterung der Situation, besonders hinsichtlich der schweren zivilen Verluste, die seit der Nichtverlängerung des Waffenstillstandes (Ende 2008) daraus resultieren, und dass die palästinensischen und israelischen Zivilpersonen geschützt werden müssen.

Der SR drückt seine tiefste Besorgnis über die sich vertiefende humanitäre Krise in Gaza aus und betont die Notwendigkeit des dauerhaften und regelmässigen Transfers von Gütern und von Personen über die Grenzübergänge nach Gaza.

Der SR sieht die vitale Rolle der UNO-Hilfsorganisation in Gaza für die Versorgung der Bevölkerung; und betont, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nur mit friedlichen Mitteln gelöst werden

kann und alle Staaten der Region ein Recht auf sichere und international anerkannte Grenzen haben
Insbesondere ruft der SR mit aller Dringlichkeit zu einem sofortigen, dauerhaften und allseitig respektierten Waffenstillstand auf;

▶ bestimmt der SR, dass dieser sofortige Waffenstillstand zum Abzug der israelischen Truppen aus Gaza führt; fordert der SR die unbehinderte Bereitstellung und Verbreitung von humanitärer Hilfe von Nahrungsmitteln, von Heizöl und medizinischer Behandlung;

▶ verurteilt der SR alle Gewalt und Feindseligkeiten gegen die Zivilbevölkerung und alle terroristischen Akte;

▶ ruft der SR alle Mitgliedsstaaten auf ihre Anstrengungen zu intensivieren, um Arrangements einzurichten und Garantien zu geben für die Aufrechterhaltung eines dauerhaften Waffenstillstands und von Ruhe, für die Verhinderung des illegalen Transfers von Waffen und Munition und zur Sicherstellung der dauerhaften Wiedereröffnung aller Zugangspunkte zum Gazastreifen, auf der Basis der Vereinbarung von 2005 zwischen Israel und der Palästinensische Autonomiebehörde über Bewegungsfreiheit und Zugang.

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

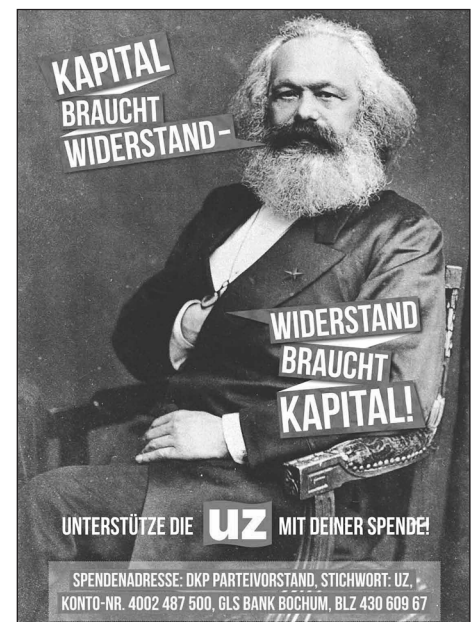
Dienstag, 02. September, 20.00 Uhr
Neuer Irak-Krieg

Dienstag, 16. September, 20.00 Uhr
Weitere Entwicklung der DKP - Göttingen
– betriebliche Orientierung

Dienstag, 30. September, 20.00 Uhr
Thema: wird noch festgelegt

▶ ermuntert der SR echte Schritte zur innerpalästinensischen Versöhnung, welche (verschiedenen arabischen Initiativen) einschließen, soweit sie mit der SR-Resolution 1850 aus 2008 u. a. vereinbar sind.

▶ fordert der SR neue und dringliche Anstrengungen von allen Parteien und der internationalen Gemeinschaft, einen umfassenden Frieden, der auf dem Projekt einer Region beruht, in der zwei demokratische Staaten, Israel und Palästina in sicheren und anerkannten Grenzen leben, wie es in der SR-Resolution 1850 ins Auge gefasst wird“.



► Kampfdrohnen für Deutschland und Europa? Sabine Lösing

Kampfdrohnen¹ sind keine „normalen“ Waffen, sondern sie haben zahlreiche fatale „Nebenwirkungen“. Da ist zunächst einmal die Tatsache zu nennen, dass die Schwelle zur Autorisierung der Anwendung tödlicher Gewalt bei politischen Entscheidungsträgern deutlich sinkt, wenn die Gefährdung der eigenen Soldaten abnimmt. Dies wiegt umso schwerer, als diese Waffen vor allem für gezielte Tötungen von Menschen sowohl innerhalb, aber auch außerhalb von bewaffneten Konflikten gedacht sind – ohne eine Anklage, ein Verfahren und damit ohne ein Urteil.

Die Bundesregierung behauptet zwar stets, nur völkerrechtskonform zu agieren bzw. agieren zu wollen, aber was davon zu halten ist, zeigt die deutsche Unterstützung der gezielten Tötungen mittels Drohnen durch die Regierung der USA. Diese erfolgt u.a. durch die Weitergabe von Daten, die von NSA-Mitarbeiter Thomas Drake vor dem NSA-Untersuchungsausschuss jüngst bestätigt wurde. Der weiteren Aushöhlung des völkerrechtlichen Gewaltverbots wird hierdurch also Tür und Tor geöffnet. Auch die Verweise auf eine mögliche parlamentarische Zustimmungspflicht von Drohneinsätzen sind in diesem Zusammenhang Augenwischerei, denn die Erfahrungen z.B. mit dem „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) zeigen, dass solche Einsätze faktisch keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen würden.

Zudem zeigt die große Zahl durch Drohnenangriffe getöteter Zivilisten, dass diese Tötungen keineswegs so gezielt erfolgen, wie seitens der Befürworter stets behauptet wird. Nach Angaben des „Bureau of Investigative Journalism“ sind allein in Pakistan und im Jemen zwischen etwa 3000 und 4750 Menschen durch US-Drohnenangriffe getötet worden. Davon waren zwischen 500 und 1000 Zivilisten. Dies führt in den betroffenen Landstrichen zu einem ständigen Angstgefühl in der Bevölkerung. Ungeachtet dessen wird durch diese neue Technologie eine weitere Rüstungsspirale ausgelöst, an der sich dann mehr und mehr Staaten beteiligen werden. Hier wirkt sich noch verschärfend aus, dass in der EU

eine wirklich wirksame Exportkontrolle nicht existiert, gleichzeitig aber der erklärte Anspruch besteht, die „Drohnenwachstumsmärkte“ mit den eigenen Produkten erobern zu wollen.

Zwar spielt die „erfolgreiche“ Lobbytätigkeit der Rüstungs- und Sicherheitsbranche bei der Etablierung dieser neuen Waffensysteme eine sehr wichtige Rolle, aber entscheidender ist meiner Ansicht nach, dass sich hier die Profitinteressen der Industrie mit denen derjenigen politischen Vertreter, die eine stärker interventionistische EU-Außenpolitik befürworten decken. Nachdem sich in den Kriegen in Afghanistan und im Irak gezeigt hat, dass solche Länder selbst mit über hunderttausend Bodentruppen nicht unter Kontrolle gebracht werden können, gewinnen mittlerweile Formen indirekter Kriegsführung enorm an Bedeutung. Hier spielen Drohnen natürlich eine ganz entscheidende Rolle.

Hinzu kommt, dass die EU im Hinblick auf wichtige neue Kriegstechnologien nicht auf außereuropäische Lieferanten angewiesen sein will, da dies als eine empfindliche Einschränkung der als wichtig betrachteten unabhängigen strategischen Handlungsfähigkeit erachtet wird. In der aktuellen Situation zeichnet sich jedoch ab, dass der Markt nicht genug hergibt, um mehrere Drohnenprojekte der EU-Einzelstaaten „durchzufüttern“, daher rührt das Interesse an der Entwicklung einer gemeinsamen EU-Drohne und der umfassenden Unterstützung von Drohnenforschung und -entwicklung seitens der EU.

Was die deutsche Politik anbelangt, war die Entwicklung einer potenziell waffenfähigen europäischen Drohne schon im Koalitionsvertrag angelegt. Sie wurde nun von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen noch einmal explizit befürwortet. Es hat tatsächlich den Anschein, als ob hier – einmal mehr – ein hochumstrittenes Rüstungsprojekt, das von der SPD und selbst von Teilen der CDU abgelehnt wird, über die europäische Bande unter Dach und Fach gebracht werden soll, obwohl sich in einer Umfrage von „infratest dimap“ im Juli 2014 64% der Bevölkerung gegen die

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr

Anschaffung von Kampfdrohnen aussprechen. In anderen EU-Ländern sehen die Umfragewerte ganz ähnlich aus.

Trotz dieser eindeutigen Meinung der Bevölkerung gibt es - auch unabhängig von der Deutschen - so gut wie keine Regierung in der EU, die sich konsequent gegen Kampfdrohnen aussprechen würde. Befürwortet werden sie besonders von den Staaten, die sowohl über große Rüstungsindustrien verfügen, als auch am Einsatz dieser Waffen im Rahmen ihrer interventionistischen Strategien besonders interessiert sind.

Was kann insbesondere vor dem Hintergrund dieser sehr ermutigenden ablehnenden Haltung der Bevölkerung getan werden? Zuerst wäre es natürlich wichtig, wenn sich möglichst viele Menschen in der Kampagne „Gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“ engagieren (drohnen-kampagne.de). Diese wird bereits von etwa 150 Organisationen unterstützt. Ganz konkret findet sich auf der Kampagnen-Seite der Appell „Keine Kampfdrohnen“, der dort online unterzeichnet werden kann. Mit dem Appell können auch Infostände bestritten werden, um Unterschriften zu sammeln und über das Thema zu informieren.

¹Drohnen sind ferngesteuerte, unbemannte Flugkörper, deren Größenspektrum von libellengroßen Kleinstaufklärern für den Nahbereich bis zu unbemannten strategischen Aufklärungssystemen in der Dimension eines Verkehrsflugzeugs reicht. Sie werden in militärischen und zivilen Zusammenhängen eingesetzt. Im militärischen Bereich dienen sie zur Aufklärung und Zielmarkierung, d.h., sie erfüllen militärische Unterstützungsfunktionen. In geringerem Maße werden Drohnen auch zum Raketenabschießen in der so genannten Aufstands- und Terrorismusbekämpfung eingesetzt. Bislang haben die Regierungen der USA, Israels und Großbritanniens Drohnen zur Tötung von Menschen eingesetzt (vgl. IMI 2013: Fact-Sheet, Drohnen Kriege).

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung im September

Aufgrund der Handlungsunfähigkeit des KSR wird der Landesvorstand die Mitglieder postalisch zu einer KMV einladen, die noch vor dem 16. September stattfinden wird. Wichtigster Tagungsordnungspunkt wird die Neuwahl des KSR sein.

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 22. September, 19 Uhr im Roten Zentrum

OV Hann. Münden

Termine bitte bei Kirsten und Olaf Klein erfragen (vgl. Adressenspalte).

OV Dransfeld

Donnerstag, 18. September, 18 Uhr bei Uli Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

OV Rosdorf

Termine bitte bei Azad Onal erfragen, Tel. 0172-5661546

OV Bovenden

Termin bei Oliver Preuß erfragen

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern der Arbeitskreise. (vgl. Adressenspalte).

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

Newsgroup:

Anmeldung unter:
webmaster@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546
rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
E-Mail: adelebsen@die-linke-goettingen.de
oder bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen:

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,
Tel. 05 51-5 31 15 63,
patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft
Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

AG Netzpolitik
ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050



Editorial in der Ratssitzung im Juli wurden Parkgebühren in der Nordstadt ebenso kontrovers diskutiert wie das Denkmal für die ‚Göttinger Sieben‘ und die Erweiterung des Gesamtschulangebotes. Einigkeit herrschte bezüglich eines interfraktionellen Antrages zur Erdverkabelung: 380 kV-Erdverkabelung um Göttingen ein Pilotprojekt von bundesweiter Bedeutung

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

TOP 7 Reduzierung der Parkgebühren in der Nordstadt und Weende Süd (CDU-Antrag)

Zugehörige Rede von Gerd Nier: Meine Damen und Herren, bei dem Beschluss, die Parkraumbewirtschaftung auf größere Teile der Nordstadt auszuweiten, stand die ordnende Funktion einer solchen Maßnahme im Mittelpunkt der Argumente. Sicher, wie die Verwaltung nun auch immer wieder betont, waren die zu erwartenden Mehreinnahmen auch ein Bestandteil des sogenannten Zukunftsvertrages, dem wir bekanntermaßen nicht zugestimmt haben. Nun zeigt sich, dokumentiert durch Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern an die Fraktionen und Verwaltung, aber auch durch zahlreiche Leserbriefe, dass einige Auswirkungen der Parkraumbewirtschaftung für die Nordstadt von uns allen nicht wirklich vorweg erkannt, bzw. falsch eingeschätzt wurden.

Insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Ärztehäusern, dem Luisenhof und anderen Einrichtungen müssen nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung für Parkgebühren einen erheblichen Anteil ihres Gehaltes aufbringen. Gerade Menschen in Pflegeberufen, aber auch in ärztlichen Assistenzberufen werden nicht unbedingt üppig entlohnt. Da sind dann monatliche Kosten fürs Parken in Höhe von teilweise 150 bis 200 Euro wirklich kein Pappenstiel. Deshalb stehen wir auch dem Antrag der CDU, für Arbeitnehmer/innen eine deutliche Reduzierung der Parkgebühren anzuvisieren positiv gegenüber und sind auf jeden Fall für seine ernsthafte Behandlung in den Fachausschüssen. Gemeinsam mit den schon beschlossenen Maßnahmen, den Waldweg, den Papenberg und die Zimmermannstrasse aus der zeitlichen Begrenzung der Parkdauer herauszunehmen und dem Auftrag an die Verwaltung, die Umsetzung eines Tagestickets zu prüfen, setzen wir ein erkennbares Signal, dass uns die Anliegen der in dem Bezirk arbeitenden und wohnenden Menschen nicht egal sind und dass trotz Entschuldungshilfeprogramm die Politik sich nicht völlig einengen lässt. Im Bauausschuss sollten wir uns dann auch noch einmal eingehender mit den uns von Anliegern aus den benachbarten Bereichen geschilderten Verdrängungsprozess beschäftigen und auch hier nach Problemlösungsmöglichkeiten suchen. Wir werden also sowohl dem Antrag der CDU als auch der Verwaltungsvorlage zustimmen und hoffen im Interesse der dort arbeitenden, aber auch der dort wohnenden Menschen auf zufriedenstellende Lösungen. Es gilt das gesprochene Wort. *Die Resolution wurde einstimmig beschlossen.*

TOP 36 Erweiterung des Gesamtschulangebotes (Vorlage der Verwaltung)

Rede von Gerd Nier: Meine Damen und Herren, den vorliegenden Antrag zur Einrichtung einer vierzügigen IGS am Standort Weende lehnen wir bekanntermaßen ab. Nicht, weil wir gegen die Einrichtung einer weiteren IGS sind, sondern weil wir in Göttingen eine sechszügige IGS brauchen und die neue IGS nicht in Konkurrenz zu einer bestehenden IGS stehen sollte. Wir haben im Schulausschuss unseren Standpunkt deutlich dargelegt und werden jetzt durch die aktuellen Anmeldezahlen für das nächste Schuljahr nochmals ausdrücklich bestätigt.

An den drei integrierten Gesamtschulen wurden insgesamt 169 Schülerinnen und Schüler abgelehnt, weil alle zur Verfügung stehenden Plätze belegt sind. Diese Zahl zeigt eindeutig, dass eine weitere sechszügige IGS gebraucht wird. Die Zahlen belegen auch, dass bei der Auflösung eines Gymnasiums unter Beibehaltung der 19-Zügigkeit an vier Gymnasien bei einer Klassenstärke von 26 bis 27 Schüler/innen der angezeigte Bedarf an Gymnasialplätzen gut erfüllt werden kann.

Deshalb also weiterhin unsere Forderung: Das THG als Standort für eine neue sechs-zügige IGS ernsthaft ins Auge zu fassen. Mit einem solchen Beschluss würde eine Konkurrenz zur IGS Bovenden vermieden, wir müssten unsere Haupt- und Realschüler nicht nach Groß- Schneen schicken und es gäbe die Möglichkeit einer eigenständigen sechs-zügigen IGS. Eine Forderung, die ja von vielen Schulausschussmitgliedern, vom Schuldezernenten und auch von der Expertenkommission ausdrücklich angemahnt wurde.

Aus diesen Gründen fordern wir sie auf: Lehnen sie die vorliegende Verwaltungsvorlage ab und beschließen sie hier und heute die Einführung einer sechszügigen IGS mit dem Standort Göttingen. Mit einem solchen Beschluss könnte das Genehmigungsverfahren sofort beginnen, denn es wäre keine Elternbefragung mehr notwendig, Haupt- und Realschulen würden für Göttingen nicht „auf kaltem Wege“ abgeschafft und der Eltern und Schülerwille würde nach vielen Jahren endlich akzeptiert.

Es gilt das gesprochene Wort. *Die Verwaltungsvorlage wurde mehrheitlich angenommen.*
Alle Anträge sind auf der Homepage der Stadt Göttingen nachzulesen: www.goettingen.de

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Nachfolge von Gerd Nier als Ratsherr für die Göttinger Linke

Bericht von der Mitgliederversammlung v. 11.8.2014

Da Gerd Nier nun endgültig beim Wahlamt der Stadt Göttingen seinen Rücktritt als Ratsherr erklärt hat, muss die Nachfolge geregelt werden. Allerdings hat die WählerInnengemeinschaft eigentlich wenig zu regeln, da die Reihenfolge gesetzlich feststeht.

Dennoch hatte der SprecherInnenkreis zu einer Mitgliederversammlung am 11.08., um die Nachfolge zu diskutieren und ein Meinungsbild herzustellen.

Es herrschte ein gewisser Frust, dass die Mitgliederversammlung als höchstes Organ der Gö-Linke nun nicht Nachfolge per demokratischer Entscheidung bestimmen kann. Leider gilt die Reihenfolge der Liste; auch wenn dort KandidatInnen stehen, die sich seit der letzten Kommunalwahl kaum oder überhaupt nicht mehr in die Arbeit der Göttinger Linke eingebracht haben. (s. Kasten „Beschluss“)

Wenn sich ein/e solcher KandidatIn bereit erklärt, das Mandat anzunehmen, wird die Göttinger Linke damit leben müssen – exakt bis zur nächsten Kommunalwahl.

Bei der Befragung der verbleibenden potentiellen NachrückerInnen hatten sich immerhin 5 bereit erklärt, sich dem Votum der Mitgliederversammlung zu stellen. Dies zeugt bei den Angefragten von einem demokratischen Grundverständnis.

Auch die Bereitschaft entsprechend der damaligen Willenskundgebung aller KandidatInnen, die Aufwandsentschädigung anteilig zu spenden, wurde abgefragt und von 4 Personen bejaht. Der SprecherInnenkreis hat die finanziellen Folgen der Variationen der zukünftigen Spendenhöhe durchgerechnet und sich von der Mitgliederversammlung per Vorratsbeschluss den Handlungsspielraum geben lassen, um entsprechende Verhandlungen über den Mietanteil am Roten Zentrum führen zu können: Auch wenn es durch eine geringere Spendenhöhe finanziell enger wird, sollen Wahlkampf und Öffentlichkeitsarbeit immer Priorität haben.

Aber das Hauptanliegen, das bei der Mitgliederversammlung ganz deutlich und einhellig zum Ausdruck kam, war

der starke Wunsch nach transparenter und konstruktiver Zusammenarbeit. Die Mitglieder wünschen sich MandatsträgerInnen, die - wie der bedauerlicherweise ausscheidende Gerd Nier - regelmäßig an der Arbeit des kommunalpolitischen Arbeitskreis teilnehmen; also im regelmäßigen Austausch mit der Basis sind. Auch die Möglichkeit häufigerer Mitgliederversammlungen, zu denen dann hoffentlich die MandatsträgerInnen auch erscheinen(!), kann angedacht werden: (s. Kasten „Entschliebung“)

Dies ist natürlich am ehesten gewährleistet, wenn eine/r der aktiven Mitglieder das Mandat antritt. Es besteht allerdings die Gefahr, dass die Nachfolge von Gerd Nier ohne die Berücksichtigung des Votums der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke entschieden wird. Diese Verfahrensweise wäre bedauerlich und eigentlich auch undemokratisch.

Wie auch immer: Die Entscheidung über die Nachfolge wird auf alle Fälle nach dem Redaktionsschluss der Göttinger Blätter fallen, sodass der Informationsfluss durch andere Medien erfolgen muss.

(bs/th)

► Beschluss:

Die Mitgliederversammlung der Göttinger Linke am 11.8.2014 hat sich nach längerer Diskussion dafür ausgesprochen, dass eine Kandidatin / ein Kandidat für Gerd Nier in den Rat nachrückt, die / der sich in den vergangenen Jahren aktiv an der Arbeit der Göttinger Linke teilgenommen hat wie die GenossInnen Christoph Filler, Volker Kühn, Barbara Kunis,

Die Mitgliederversammlung erwartet, dass sich die KandidatInnen, die in den nächsten Tagen von der Verwaltung der Stadt Göttingen angesprochen werden, dieses Votum bei ihrer Entscheidung berücksichtigen.

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Doreen Wohlrab,
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Patrick Humke
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

17. September, 19.00 Uhr

Neues Rathaus, Raum 112
Thema: Harz-Weser-Wasserwerke
Referent: Dr. Rappenecker,
Stadtwerke Göttingen

► Entschliebung:

Die Mitgliederversammlung der Göttinger Linken am 11.8.14 bedauert die in der Presse und anderen Medien wie facebook u.ä. ausgetragenen Personalquerelen in der Ratsfraktion.

Die WählerInnengemeinschaft erwartet von ihren Ratsmitgliedern vor allen wichtigen Entscheidungen eine rechtzeitige Information der Mitglieder der Göttinger Linke, damit sie darauf Einfluss nehmen und für außerparlamentarische Unterstützung sorgen können, sowie eine regelmäßige Teilnahme an der Arbeit des kommunalpolitischen Arbeitskreises

DIE LINKE. in Niedersachsen

Pressemitteilung von Ulla Jelpke, MdB vom 10.08.2014

▶ Nicht US-Luftangriffe sondern die Guerilla retten zehntausende Menschenleben

„US-Luftangriffe auf die in Städten und Dörfern verschanzten Dihadisten im Nordirak gefährden nur die Zivilbevölkerung. Effektiven Widerstand gegen die Terrorbanden leisten dagegen kurdische Milizen - insbesondere die Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans PKK“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Ulla Jelpke, die sich derzeit im kurdischen Selbstverwaltungsgebiet Rojava im Nordosten Syriens an der Grenze zum Irak befindet. Jelpke weiter: „`Gott und die PKK haben uns gerettet`, das haben mir Flüchtlinge immer wieder gesagt. Die Guerilla der PKK und mit ihnen verbündete Milizen aus Rojava haben einen

Fluchtkorridor von den Sengal-Bergen bis zur syrischen Grenze freigekämpft. So konnten in den letzten Tagen zehntausende Menschen, insbesondere Angehörige der jesidischen Religionsgemeinschaft, den Schlächtern des Islamischen Staates entkommen. Diese Flüchtlinge brauchen jetzt dringend humanitäre Unterstützung. Denn aufgrund eines Embargos der Türkei gegen die kurdische Selbstverwaltungsregion in Syrien fehlt es hier an Nahrungsmitteln und Medikamenten.

Während die PKK, die heute eine Überlebensgarantie für viele Jesiden und Christen im Nordirak ist, auf Terrorlisten von EU und USA geführt wird, können die mör-

derischen Gotteskrieger des IS weiterhin vom Territorium des NATO-Staates Türkei aus gegen Syrien operieren. Sollten die US-Regierung und ihre Verbündeten den IS ernsthaft bekämpfen wollen, dann müssten sie in erster Linie die über die Türkei und die Golfstaaten laufende Unterstützung für die Dihadisten verhindern.“

Demonstration für Jezid_inn_en auch in Göttingen

Wie in anderen Städten fand am Abend des 7. August auch in Göttingen eine Kundgebung und Mahnwache vor dem Alten Rathaus statt, bei der auf die Massenmorde an Jezid_inn_en und Christ_inn_en durch die Terrorgruppe IS hingewiesen wurde. Allein in der jezidischen Stadt Sengal (Sindschar) waren am 3. August 3.000 Menschen umgekommen. Unter den etwa 300 bis 350 Teilnehmer_innen waren vor allem Jezid_inn_en und Kurd_inn_en, aber auch Mitglieder und Funktionsträger der LINKEN. Einer der Hauptredner war der Ratsherr der Göttinger Linken Civar Akad. Anschließend fand eine Demonstration durch die Göttinger Innenstadt statt.

Quellen: www.goettinger-tageblatt.de und *Augenzeugen*

Presseerklärung Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender DIE LINKE vom 30.7.2014

▶ Bundesregierung muss sich für sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas einsetzen

Angesichts von über 1.300 Toten im Krieg zwischen Israel und der Hamas erklärt Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Inzwischen gibt es mindestens 1.260 Menschen, davon der Großteil Zivilisten, die auf palästinensischer Seite getötet wurden, über 7.000 wurden verletzt. Es sind jetzt auch 5 Mitarbeiter der Vereinten Nationen unter den Todesopfern. Auf israelischer Seite starben 53 israelische Soldaten und drei Zivilisten. Es handelt sich um einen asymmetrischen Krieg, Angriffe, Verletzungen und Bedrohungen von Zivilbevölkerung müssen umgehend beendet werden.

Die deutsche Bundesregierung trägt nach wie vor einseitig das Agieren der israelischen Regierung mit. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich entschieden für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas einzusetzen. DIE LINKE begrüßt

die Erklärung des UN-Sicherheitsrates in der ein bedingungsloser Waffenstillstand gefordert wird. Allerdings muss der darin enthaltene Friedenswille entschiedener verfolgt werden, eine völkerrechtlich verbindliche UN-Resolution wäre dazu ein erster Schritt.

Das Vorgehen der israelischen Armee in Gaza trägt nicht zur dauerhaften Sicherheit Israels bei, im Gegenteil, es gefährdet die Sicherheit Israels. Das unterschiedslose und andauernde Töten insbesondere auch von Zivilisten zerstört die Hoffnung auf friedliche Koexistenz und schürt den Hass weiter. Diese Form der Kriegsführung hat mit „Selbstverteidigung“ nichts zu tun.

Das Kriegsvölkerrecht bzw. das humanitäre Völkerrecht legen klare Schranken für Kriegsführung fest. Es ist gut, dass der UN-Menschenrechtsrat die Kriegsführung beider Seiten untersucht. Beachtenswert ist sowohl der Hinweis der UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay, dass es die

„starke Möglichkeit“ gebe, dass von Israel „das humanitäre Völkerrecht in einer Weise gebrochen werde, die Kriegsverbrechen darstellen könnte“, da offensichtlich nicht wirklich der Angriff auf Zivilisten vermieden werde, als auch ihr Verweis auf die „wahllosen Angriffe“ der Hamas auf Wohngebiete.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf sämtliche Waffenimporte und Waffenexporte in die gesamte Region zu stoppen, Militärkooperationen sind spätestens angesichts dieses Krieges völlig inakzeptabel. Unabdingbar bleiben: Ein Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen, ein Ende des israelischen Beschusses der Menschen in Gaza, ein Ende der Raketenangriffe der Hamas auf Israel. Durch die derzeitige Eskalation werden nur die Hardliner beider Seiten gestärkt. Unter der Eskalation leidet die Zivilbevölkerung. Ein Ausstieg aus der Spirale der Gewalt ist notwendig.

Im Einsatz gegen den Krieg, für ein Ende der Blockade Gazas und der Besatzung sind unsere Bündnispartner vor Ort diejenigen, die eine friedliche, gerechte, nichtmilitärische Konfliktlösung anstreben, insbesondere auch die israelische Friedensbewegung. Militärisches Agieren lehnt DIE LINKE ab. DIE LINKE betont nochmals, dass sie Antisemitismus, aber auch antimuslimischen Rassismus und Nationalismus bei der Debatte um den Krieg in Gaza nicht duldet.

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 16 - Juli 2014

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die letzte Kreistagssitzung vor der Sommerpause war rekordverdächtig kurz. Ob dies nur an der Länge der Tagesordnung lag oder daran, dass es sowieso nach Meinung der Verantwortlichen zu allem keine Alternative gebe, sei dahingestellt.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 8 – Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Stadt und Landkreis Göttingen

Dieser TOP wurde in der Kreistagssitzung abgesetzt. Am Vortag gab es eine gemeinsame Finanzausschusssitzung von Kreis und Stadt.

Endlich gibt es eine tragfähige gute Lösung der Finanzbeziehungen von Stadt und Landkreis durch den Gesetzgeber, mit der Kreis- und Stadtverwaltungsspitze einverstanden sind. Endlich könnte dieser für Außenstehende kaum nachvollziehbare Konflikt gelöst werden. Aber wie es eben so ist: Die Kreis-CDU eiert und hat eine Vertagung der Entscheidung durchgesetzt. Offenbar möchte man wieder einen Reinhäuser Graben.

TOP 9 – EAM: Vertrieb und Kooperationen

Nach der Rekommunalisierung des zwischenzeitlich als „EON-Mitte“ firmierenden Unternehmens stellt sich nun die Frage, wie der Aufbau eines eigenen Vertriebs erfolgen sollte. Der Vertrieb von EON-Mitte wurde ja aus der Rekommunalisierung herausgenommen, was Eckhard Fascher in seiner Rede als Fehler bezeichnete. Zudem sei bei der bestehenden Konstruktion der EAM ein nennenswerter Einfluss der Kommunalpolitik nicht mehr zu erkennen. Problematisch ist der Aufbau eines Vertriebs insofern, als sich die neue EAM und die Stadtwerke vor Ort sich nun ins Gehege kommen könnten. Konflikte zwischen EAM und Stadtwerken seien somit, so H. Schwedhelm (Grüne), absehbar, Stadtwerke könnten möglicherweise geschwächt werden.

Harald Noack (CDU) sah es als Problem an, dass der Aufbau eines Vertriebs die kommunalen Versorger in Bedrängnis bringen könne, z.B. würden bisher gewinnträchtige Bereiche zur Quersubventionierung nicht rentabler Bereiche beitragen. Außerdem bestehe ein Interessenkonflikt für den Landrat, da dieser, wenn er sich für die Sicherung dieser Möglichkeit einsetze, gegen die Interessen eines Unternehmens handle, in dessen Aufsichtsrat er sitze. T. Heinze von der SPD betonte dagegen, dass die Gewinnerzielung zugunsten der Anteilseigner kein Ziel der Rekommunalisierung sei.

→ Das Konzept wurde gegen die CDU bei Enthaltung der LINKEN, beschlossen

TOP 23 – Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP)

Bei diesem TOP ging es noch nicht um die Beschlussfassung über das RROP, sondern „nur“ um die Verabschiedung des Entwurfes, in dem allerdings schon entscheidende Weichenstellungen enthalten sind. Eine dieser Weichenstellungen, die erneute Aufnahme des Güterverkehrszentrums (GVZ) Holtensen / Lenglern in das RROP, mochte DIE LINKE gar nicht einsehen und stellte den Antrag, dieses Projekt komplett zu streichen. Dieses halb tote Gespenst solle auch im RROP nicht mehr herumgeistern. Herr Kießling von den Grünen meinte aber, die Option für den Bau dieses unsinnigen Großprojektes müsse erhalten bleiben. Anders gesagt: den Bürgern wird jetzt erzählt, das Projekt sei tot, nach der nächsten Kommunalwahl folgt dann wohl die Wiederauferstehung.

Reaktivierung von Bahnhaltepunkten

Dieses Thema hat es nicht bis in den Kreistag geschafft, sondern wurde lediglich im Fachausschuss behandelt. Nachdem sich DIE LINKE bereits im Wahlprogramm für die Wiedereröffnung von Bahnhaltepunkten ausgesprochen hatte – ebenso nachzulesen im Kommunalwahlprogramm der Grünen – war begonnen worden zu prüfen, ob in Bovenden, Weende, Rosdorf und Obernjesa eine Reaktivierung möglich sein könnte. Während Weende und Bovenden sehr schnell ad acta gelegt wurden, u.a. wegen der schwierigen Gegebenheiten vor Ort, blieben zunächst noch die beiden anderen übrig. Nun wurde aber auch noch für Obernjesa auch von den Grünen in Zweifel gezogen, ob sich eine Reaktivierung rechnen würde. Dabei wurde allerdings ein sehr enger Rahmen abgesteckt, das Potential umliegender Orte blieb praktisch unberücksichtigt. Im Falle Rosdorfs soll es dagegen zu weiteren Prüfungen kommen, ob dieses Verfahren mit der Einrichtung eines Haltepunktes enden wird, ist allerdings noch völlig offen.

KdU - Verwirrung durch Veröffentlichung eines Gerichtsurteils

Einige Verwirrung wurde durch die Veröffentlichung eines zwei Monate alten Gerichtsurteils von Seiten des Landessozialgerichts zur KdU ausgelöst. Das Urteil verwarf jedoch ein altes Gutachten und die vor Frühjahr 2013 angewendete Praxis. Es bezog sich nicht auf das aktuelle Gutachten. Da müssen wir noch auf das Urteil warten, was ähnlich ausfallen dürfte.

► Zwei Einladungen zur KMV und dann auch noch ungültig?!

Was soll der Quatsch? Zwei Einladungen zu einer Kreismitgliederversammlung am gleichen Tag, aber an zwei Orten zu verschiedenen Uhrzeiten und mit unterschiedlichen Tagesordnungen und dann wird das Ganze auch noch widerrufen? Dies haben sich sicherlich viele Genossinnen und Genossen gedacht, als sie im Juli überraschend häufig Post von den LINKEN bekommen hatten.

Warum kann sich ein KSR nicht auf eine länger geplante Kreismitgliederversammlung verständigen?

Tatsache ist, dass der KSR faktisch seit mehreren Monaten nicht mehr handlungsfähig ist. Aufgespalten in zwei gleich große Hälften waren gemeinsame Sitzungen nicht mehr möglich, wobei allerdings alle geschäftsführenden Aufgaben (Kasse, Mitgliederverwaltung etc.) nachwievor einwandfrei erledigt wurden.

Vermittlungsversuche blieben erfolglos, so endete ein Krisengespräch in größerer Runde am 17. März ergebnislos.

Nachdem der Wahlkampf trotz einiger Reibungsverluste im Großen und Ganzen bewältigt wurde und das Wahlergebnis durchaus positiv ausgefallen war, kam es ab dem 2. Juni zu einem erneuten Versuch wieder geregelte Verhältnisse im Kreisverband herzustellen. Eine Arbeitsgruppe aus Eckhard Fascher, Peter Strathmann, und für die jeweiligen KSR-Hälften Joachim Bons (vertretend auch für Sissi Spiegler und Uli Maschke) und Dirk Tegtmeyer (vertretend für Anne Freimuth und Dietmar Reitemeyer) sollte eine KMV vorbereiten. Man konnte sich dabei in konstruktiven Gesprächen auf ein Datum verständigen und darauf, dass nach einem kollektiven Rücktritt eine Neuwahl des KSR erfolgen sollte. Außerdem sollten über Umgangsformen und die Kommunikationsstruktur innerhalb des KV Beschlüsse gefasst werden. Problematisch war allerdings, dass sich Uli Maschke einem Rücktritt verweigerte und damit einen kollektiven Rücktritt zu Fall

brachte. Dies führte zu der umstrittenen Frage, inwieweit auch Abwahanträge gegen an sich rücktrittswillige KSR-Mitglieder auf der Tagesordnung dieser KMV stehen sollten.

Obwohl der KSR nur als Ganzes handlungsfähig ist, wurde dann von Seiten Patrick Humkes versucht, an der Arbeitsgruppe vorbei am 20.6. in den Göttinger Blätter eine KMV-Einladung mit dem umstrittenen Tagesordnungspunkt der Abwahanträge zu platzieren, die lediglich von einer KSR-Hälfte gebilligt wurden.

Nachdem auch bei weiteren Treffen keine endgültige Einigung erzielt werden konnte, verständigte sich die Arbeitsgruppe auf ein Treffen am 11. Juli, um dann endgültig eine KMV-Einladung zu beschließen und diese am Wochenende zu verschicken. Nachdem am 7.7. bekannt wurde, dass Sissi Spiegler plante, eine satzungswidrige Einladung über das Landesbüro zu verschicken, wurde dann von Seiten der anderen KSR-Hälfte eine von 27 Mitgliedern, also einem Sechstel der

Mitgliedschaft unterstützte Tagesordnung ebenfalls verschickt.

Von Seiten der Landesschiedskommission wurden beide Einladungen für ungültig erklärt, da es hierzu Beschlüsse des KSR hätte geben müssen. Wegen erwiesener Handlungsunfähigkeit des KSR wurde der Landesvorstand beauftragt, zu einer KMV zur Neuwahl des KSR, die noch vor dem 16.9. stattfinden soll, einzuladen.

Inwieweit die KMV im September zu einer Beruhigung der Lage führen wird, bleibt abzuwarten. Der rüde und zum Teil beleidigende Umgangston bei Facebook oder in der Newsgroup lässt dies eher nicht erwarten. Ein Beschluss zu den Umgangsformen innerhalb der Partei scheint dringend notwendig zu sein.

Hochproblematisch ist auch die Situation der Stadtratsfraktion nach dem Rücktritt von Gerd Nier und der Einstellung der Mitarbeit durch Rolf Ralle.

Es bleibt zu hoffen, dass anders als in Kreisverbänden wie Hildesheim es tatsächlich gelingt, Konsens orientierte Menschen in den KSR zu wählen, die eine Konzentration des KV auf die inhaltliche Arbeit ermöglichen.

ef/pst

Erklärung des Sprecherkreises des OV Göttingen

Zur Bedeutung der GöLi für Kontinuität und Stabilität linker Politik in Stadt und Landkreis Göttingen

Zur Charakteristik linker Politik in Stadt und Landkreis Göttingen gehört nicht nur ihre relative personelle Stärke, sondern auch ihre organisatorische wie inhaltliche Vielfalt. Maßgeblicher Ausdruck des damit verbundenen kreativen Potentials ist die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke (GöLi) als kommunales Bündnis zweier Parteien, einer antifaschistischen Vorortinitiative und parteilosen Mitgliedern. Insbesondere angesichts aktueller Umstellungen in der Zusammensetzung der von diesem Bündnis gestellten Göttinger

Ratsfraktion, sowie den anhaltenden Problemen im Kreisverband unserer Partei, kommt der GöLi eine besondere Bedeutung für Kontinuität und Stabilität linker Politik in Stadt und Landkreis zu, den Erhalt der dafür notwendigen Infrastruktur eingeschlossen. Alle eventuellen Versuche, dieses Bündnis zur Disposition zu stellen, kämen einem politischen Selbstmord gleich und müßten mit unserer entschiedenen Gegnerschaft rechnen!

(...) Fortsetzung von Seite 1

Atom-Gruppen am 28. Mai zum Gespräch ins Ministerium geladen und schien bemüht sich die Belange der Gruppen an zu hören, leider ohne auch nur eine der daraus resultierenden Bitten und Forderungen nach zu kommen. So ist bis heute nicht geklärt wie es zum Schaden im nicht-nuklearen Bereich am mit Gefahrstoff gekühlten Generator kommen konnte. Und genau diese Ursache möchten die AtomkraftgegnerInnen wissen!

Durch externe Beratung wurde den AktivistInnen auch deutlich das das Umweltministerium hinsichtlich dem AKW Grohnde nicht nur als Atomaufsicht fungiert, sondern zuständig ist für die Anlagensicherheit im Umgang mit Gefahrstoffen, wie entzündlichen und explosiven Wasserstoff der bei der Kühlung des Generators zum Einsatz kommt. Das scheint auch das Umweltministerium zu wissen, denn sie formuliert es selbst auf ihrer Webseite: „Ziel der Anlagensicherheit und Störfallvorsorge ist es, das Eintreten von Störungen

in Anlagen, in denen mit Gefahrstoffen umgegangen wird, zu verhindern und die Auswirkungen von Störungen, die dennoch eintreten, für Mensch und Umwelt zu begrenzen.“

In der Zwischenzeit ist das AKW-Grohnde wieder angefahren, obwohl bisher keine Aufklärung zum Schaden am Generator stattgefunden hat. Ein haltloser Zustand, auch für Göttingen, liegt die Stadt die „Wissen schafft“ doch im direkt betroffenen Umkreis bei einem jederzeit möglichen GAU der Anlage bei Hameln. (ue)

Buchbesprechung:

► Der erschöpfte Planet – Grundzüge eines ökologischen Sozialismus

von Dr. Eckhard Fascher, Göttingen, November 2013, 82 S.

Hier wird ein schmales Bändchen voller Argumente für eine ökologische Umkehr auf unserem Planeten aus sozialistischer Sicht vorgelegt. Der Autor hat sich mit seinen Ideen bis 1999 in der Partei DIE GRÜNEN beheimatet gefühlt, trat dann nach dem Kriegseintritt der damaligen rot-grünen Bundesregierung aus und der Vorgängerpartei der LINKEN, der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) bei.

In der Einleitung würdigt Stephan Krull, ehemaliger VW-Betriebsrat aus Wolfsburg, das notwendige Engagement von Fascher um einen gangbaren, sozial verträglichen Weg zu einem ökologischen Sozialismus. Einig sind sich beide nicht darin, wann die vielzitierte industrielle Revolution begann. Krull geht davon aus dass dies vor 250 Jahren war, Fascher will sich auf die letzten 200 Jahre beschränken.

Als Profiteure dieser Industrialisierung wird etwas ungenau ein „reichstes Fünftel der Erdbevölkerung“ genannt. Die Frage Kapital-Arbeit bleibt an dieser Stelle leider ausgespart. In gebotener Kürze von sechs überschaubaren Kapiteln wird von der Katastrophe in der Atomfabrik Sellafeld in Großbritannien bis in die heutige Zeit argumentativ verhandelt, warum auch Linke ein Wirtschaftswachstum ohne ökologische Einschränkungen und nachhaltige Wirkung nicht mehr befürworten können und auf Umkehr zu einem ökologischen demokratischen Sozialismus drängen müssen. Dabei wird das Konzept der Europa-GRÜNEN, der ‚Green New Deal‘, ausdrücklich als unsozial und nicht gangbarer Weg abgelehnt.

Neu ist, dass sich der in der Ökologischen Plattform der LINKEN aktive Kommunalpolitiker Fascher ausdrücklich für eine geplante Wirtschaft ausspricht, ohne allerdings das durch den Realsozialismus diskreditierte Wort ‚Planwirtschaft‘ in die Debatte einzuführen. Er läßt auch offen, ob diese Planung denn zentral oder – wie viele Linke argumentieren – nur dezentral funktionieren soll.

Hier gibt sein Hinweis auf die ‚Kreislaufwirtschaft‘ allerdings Hinweise, in welche Richtung der Autor weiterdenkt. Fascher entwickelt auch Positionen für die Linke, problematisiert die positive Rolle öffentlichen Eigentums und beschreibt die Rolle

der DGB-Gewerkschaften im Prozess der Umgestaltung als unentbehrlich.

In erfrischender Offenheit kommt er zu dem Ergebnis, dass in Fragen des Umbaus in Richtung eines ökologischen Sozialismus ein Kompromiss mit dem Kapital nicht möglich ist. Und er sagt auch, dass diese Umgestaltung gegen die vorherrschende, demokratisch nicht legitimierte Kapitalmacht durchgesetzt werden muss.

Abschließend kann festgestellt werden, dass der Anspruch, Grundzüge eines ökologischen Sozialismus zu liefern, vielleicht etwas zu hochgegriffen ist für das vorliegende, schmale Heftchen. Dennoch: Es erfordert Mut, sich in der heutigen auch in der Linken oftmals mittelmäßigen Argumentationsdichte dieser notwendigen Kärner- und Steinbrucharbeit für eine neue ökologische, demokratisch-sozialistische Gesellschaft zu stellen und dabei eine geplante Wirtschaft einzufordern.

Erschienen in: Reihe Kritisch denken + handeln, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen,
Schutzgebühr: 2,00 €
Rüdiger Deißler

Die Redaktion der Göttinger Blätter erreichte ein bemerkenswerter Brief, den wir hiermit dokumentieren:

ver.di – Bezirk Berlin, Erwerbslose, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Gefangenen-Gewerkschaft der JVA Tegel c/o Oliver Rast, Seidelstraße 39, 13507 Berlin

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir, die Mitglieder des Erwerbslosenausschusses in ver.di Berlin begrüßen und unterstützen die Initiative der Gefangenen. Euer Kampf um die Beseitigung weiterer Ausnahmen im Mindestlohngesetz und für die Abführung von Rentenversicherungsbeiträgen findet unsere Zustimmung.

Immerhin handelt es sich bei euren Tätigkeiten um Arbeit, die entweder dem „freien Markt“ entzogen wurde, um sie kostengünstig in den Gefängnissen ausführen zu lassen, oder sie beinhalten die hausinterne Ausführung von Aufgaben, die ansonsten extern zu vergeben wären und dann auch zumindest nach dem Mindestlohn zu entgelten wären und eine Rentenversicherungspflicht der Arbeitnehmer_innen beinhalten würden.

Konkrete Angebote zu einer vertieften Zusammenarbeit können und werden wir euch nach der Klärung der Rahmenbedingungen bei ver.di machen.

Solidarische Grüße